

Klimaschutz in der Landwirtschaft

Fraktionsbeschluss 16. Juni 2009

Agrarpolitik ist Zukunftspolitik, wenn sie für eine Landwirtschaft steht, die unsere natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft, das Klima sowie die Biodiversität schützt, ihren Beitrag zur Sicherung der Welternährung leistet und Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den ländlichen Regionen schafft. Mit der grünen Agrarwende haben wir den Paradigmenwechsel hin zur nachhaltigen Landwirtschaft eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weiter verfolgen.

Dazu gehört ein klimapolitisches Umdenken in der Agrarpolitik. Die globale Herausforderung des Klimaschutzes muss ein zentrales Element der europäischen aber auch der deutschen Landwirtschaftspolitik werden. Die Landwirtschaft muss in die Klimapolitik integriert werden, auch um die Welternährungskrise dauerhaft lösen zu können. Die Emission von klimarelevanten Gasen aus der Landwirtschaft muss signifikant reduziert werden, gleichzeitig wollen wir ihre Senkenfunktion fördern.

Der 4. Sachstandsbericht des IPCC von 2007 ordnet der Landwirtschaft 10 – 12 Prozent der Treibhausgasemissionen weltweit zu. Dabei berücksichtigt er weder die Emissionen, die durch eine Veränderung der Landnutzung wie Entwaldung, Grünlandumbruch oder Entwässerung von Mooren freigesetzt werden, noch die Emissionen, die bei der sehr energieintensiven Produktion von mineralischen Stickstoffdüngern entstehen. Berechnet man diese mit ein, entfällt ein Anteil von bis zu 32 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft.

Für Deutschland schätzt die Bundesregierung unter Einbezug aller von der Landwirtschaft verursachten Emissionen einen Wert von 11 – 15 Prozent. Vor allem bei Lachgas (N_2O) und Methan (CH_4), zwei Gasen mit einem wesentlich höheren Treibhauspotential als Kohlendioxid (CO_2), gehört die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten.

Aber auch am CO_2 -Ausstoss hat sie durch ihren Energieverbrauch einen relevanten Anteil. Es ist daher absolut unverständlich, dass die Landwirtschaft weder in der nationalen noch in der europäischen oder globalen Klimapolitik eine Rolle spielt. Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass die Landwirtschaft in die Klimaschutzpolitik und die vereinbarten Reduktionsziele einbezogen wird.

Zwar hat die deutsche Landwirtschaft seit 1990 durch die Transformationsprozesse in Ostdeutschland – vor allem durch den Abbau von Tierbeständen und die Verringerung der Anbauintensität - ihre klimarelevanten Emissionen um 18 Prozent verringert. Damit hat sie bislang nur ein Teilziel erreicht. Außerdem kehrt sich dieser Trend inzwischen durch die Eröffnung riesiger Schweinemastanlagen wieder um.

Die Landwirtschaft spielt aber nicht nur als Emittent eine Rolle beim Klimawandel. Gleichzeitig hat sie ein großes Potenzial, der Atmosphäre CO_2 zu entziehen und dieses als Kohlenstoff in Pflanzen oder der Humusschicht des Bodens zu binden. Dies muss besser genutzt werden als bisher.

Die Landwirtschaft wird zwingend als CO_2 -Senke gebraucht, um die CO_2 -Konzentration in der Atmosphäre langfristig unter den kritischen Stand von heute zu senken.

Damit die Landwirtschaft ihren Beitrag zum Klimaschutz leistet, wollen wir

- die europäische Agrarpolitik zu einem Instrument des Klimaschutzes machen,
- den mit hohen klimarelevanten Emissionen verbunden Einsatz von Stickstoffdüngern optimieren,

- den ökologischen Landbau wegen seiner besseren Klimabilanz stärken,
- Grünland wieder wirtschaftlich attraktiv machen und damit erhalten,
- dazu beitragen, dass degradierte sowie desertifizierte Flächen (wieder) begrünt werden und die Landwirtschaft hierzu einen wichtigen Beitrag leistet,
- die Entwicklung von Technologien zur CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre und Kohlenstoff-Speicherung in landwirtschaftlich genutzten Böden unterstützen,
- eine Nachhaltigkeitszertifizierung für die Biomasse-Herstellung etablieren und die regionale Bioenergie-Erzeugung stärken,
- klarstellen, dass die Agrogentechnik auch im Hinblick auf den Klimawandel keine Ziel führenden Ansätze bietet,
- die Klimabilanz der artgerechten Tierhaltung weiter verbessern,
- Verbraucherinnen und Verbraucher zu einer klimabewussten Ernährung anregen und
- im Rahmen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit eine klimaangepasste und Biodiversität schonende Landwirtschaft in den Entwicklungsländern fördern.

Unsere grünen Handlungsansätze

1. Europäische Agrarpolitik klimaschutztauglich machen

Die EU-Kommission hat im Rahmen der Überprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik in 2008 durchgesetzt, dass der Klimaschutz neben dem Erhalt der Biodiversität und dem Wassermanagement als neue Herausforderung der Landwirtschaft anerkannt wird. Trotz der massiven Blockaden der Bundesregierung hat sie auch erreicht, dass schrittweise mehr Geld aus den Direktbeihilfen in die Förderung für den ländlichen Raum umgeschichtet wird (Modulation). So kann diesen Herausforderungen mit neuen Finanzmitteln und Programmen begegnet werden.

Dies ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, der allerdings einen Schönheitsfehler hat: Obwohl Klimaschutz ein Thema von globaler Bedeutung ist, liegt es nun in den Händen der Mitgliedsstaaten, ob sie ihre Landwirtschaft klimafreundlicher machen oder nicht. In Deutschland z.B. wird das umgeschichtete Geld nicht für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft ausgegeben werden, sondern in den Milchmarkt fließen, den man als weitere neue Herausforderung durchgesetzt hat.

Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass der Klimaschutz als zentrales Ziel in der Gemeinsamen Agrarpolitik verankert wird. Alle Förderansätze müssen auf ihre Klimaauswirkungen überprüft und gegebenenfalls im Sinne des Klimaschutzes umgestaltet werden.

Die landwirtschaftlichen Direktzahlungen haben heute keine nennenswerte ökologische oder soziale Lenkungswirkung. Darum treten wir für eine Umgestaltung der Agrarzahlungen ein nach dem Grundsatz: öffentliche Gelder für gesellschaftliche Leistungen. Agrarsubventionen soll es nach 2013 nur noch für die Betriebe geben, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz engagieren und Arbeitsplätze schaffen.

Schwarz-Rot darf bei der Verwendung der für die neuen Herausforderungen vorgesehenen Finanzmittel Milchviehbetriebe und Klimaschutz nicht gegeneinander ausspielen. Eine weitere Intensivierung der Milchviehhaltung durch eine Erhöhung der Investitionsförderung schadet sowohl dem Klima als auch den bäuerlichen Milchviehbetrieben. Wir fordern, dass die Gelder ausschließlich für Programme verwendet werden, die beidem zu Gute kommen, z.B. für Weideprämien.

Eine Einbindung der Landwirtschaft in den Emissionshandel halten wir hingegen für den falschen Weg. Die europäische Landwirtschaft ist sehr vielfältig hinsichtlich der Betriebsstrukturen, des Mechanisierungsgrades und der natürlichen Standortfaktoren. Es ist daher sehr schwierig, die für die Berechnung der betrieblichen Emissionen relevanten Daten zu erfassen und Schätzwerte für die in den einzelnen Betriebsformen ausgestoßenen Emissionen festzulegen. Die Kontrolle eines solch komplexen Berechnungssystems wäre sehr zeit- und kostenaufwändig.

2. Stickstoffeinsatz optimieren

Die Landwirtschaft ist für 70 Prozent der globalen Lachgas-Emissionen verantwortlich. Diese sind vor allem die Folge von Stickstoff-Umwandlungsprozessen im Boden. Je höher der flächenbezogene Stickstoffsaldo zum Beispiel durch die Düngung mit mineralischen Stickstoffdüngern ist desto mehr Lachgas wird emittiert. Und auch bei den agrarischen Kohlendioxid-Emissionen schlägt die Energie aufwändige Herstellung von Mineraldüngern deutlich zu Buche. Denn für die Produktion von einer Tonne Stickstoffdünger wird etwa eine Tonne Erdöl benötigt.

Dabei könnte in Deutschland eine Menge Stickstoffdüngern gespart werden, denn die Effizienz seines Einsatzes liegt bei höchstens 50 Prozent. Das heißt, nur die Hälfte des eingesetzten Stickstoffs kann von den Pflanzen genutzt werden.

Stickstoffdünger sind also eine wichtige Stellschraube, um die Landbewirtschaftung klimaverträglicher zu gestalten. Gleichzeitig können andere Umweltauswirkungen der Überdüngung wie Gewässerbelastungen durch diffuse Nährstoffeinträge minimiert werden.

Die bisher genutzten ordnungspolitischen Instrumente wie die Dünger- oder Nitratverordnung und die Knüpfung der EU-Prämienzahlungen an die Einhaltung von bestimmten Umweltverpflichtungen (Cross Compliance) haben kaum Wirkung gezeigt. Der Einsatz von Nitratdünger reduziert sich nicht, im Gegenteil wurde in 2008 angesichts sehr guter Agrarpreise deutlich mehr gedüngt als in den Vorjahren. Gerade hat der Fortschrittsbericht 2008 zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung einmal mehr belegt, dass das Ziel, die Stickstoffüberschüsse bis 2010 auf 80 Kilogramm pro Hektar und Jahr zu reduzieren, deutlich verfehlt wird.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich darum für die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe ein. Damit würde sowohl der Einsatz von Mineral- wie von Betriebsdüngern erfasst. Aufgrund der nach Düngeverordnung bereits vorgeschriebenen Flächenbilanz kann der bürokratische Aufwand im Rahmen gehalten werden. Begleitend muss die Beratung für Landwirte deutlich ausgebaut werden, damit die Betriebe ihre Stickstoffdüngung optimieren.

Die Einnahmen aus der Stickstoffüberschussabgabe wollen wir zur Förderung von klimafreundlichen Bewirtschaftungsformen nutzen wie dem Anbau von Leguminosen, dem Zwischenfruchtanbau oder einer klimagerechten Tierhaltung.

3. Ökolandbau weltweit stärken

Ein zweiter wichtiger Ansatz, um den Stickstoffeinsatz und die klimarelevanten Emissionen in der Landwirtschaft zu reduzieren, ist der Ausbau des ökologischen Landbaus. Die Klimabilanz des ökologischen Landbaus ist besser als die der konventionellen Landwirtschaft. Das belegt eine Vielzahl von Studien. Die Forscher der Technischen Universität München kommen zum Beispiel zu dem Ergebnis, dass das Treibhauspotenzial beim Ökolandbau um Zweidrittel niedriger ist als bei integriert wirtschaftenden Landwirtschaftsbetrieben. Die Vorteile der ökologischen

Landwirtschaft sehen sie vor allem in signifikant niedrigeren Lachgas-Emissionen und im besseren Humusaufbau. Eine Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) stellt fest, dass die Umstellung auf Ökolandbau 15 – 20 Prozent der Treibhausgasemissionen einsparen würde. Bei der Produktion eines Kilogramm Getreides werden sogar 60 Prozent weniger Treibhausgase emittiert.

Die ökologische Landwirtschaft, deren systemimmanente Leistungen beim Umwelt-, Natur- und Tierschutz anerkannt sind, beweist sich also auch beim Klimaschutz als bessere Alternative. Eine nachhaltige Landbewirtschaftung weltweit ist zudem die einzige Möglichkeit, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und die Hungerkrise dauerhaft zu lösen. Das bestätigt auch der Bericht des Weltagrarrats IASSTD von 2008. Zudem belegen inzwischen mehrere Studien, dass das Ertragsniveau des ökologischen Landbaus nur in Europa und Nordamerika mit 92 Prozent leicht unter dem der konventionellen Landwirtschaft liegt. In den Entwicklungs- und Schwellenländern hingegen können die Erträge durch ökologische Bewirtschaftung sogar deutlich gesteigert werden. Die große Koalition will dies nicht anerkennen und hat aus ideologischen Gründen die Entwicklung des ökologischen Landbaus durch unsichere und verschlechterte Förderbedingungen behindert. Das ist nicht nur nachteilig für das Klima, die Welternährung und die Artenvielfalt, sondern auch für die deutschen Landwirte, denen der boomende Biomarkt als zukunftsichernde Alternative verschlossen bleibt.

Wir wollen den ökologischen Landbau weltweit stärken, um den Klimaschutz voranzutreiben. Dazu müssen in Deutschland und Europa im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik die gesellschaftlichen Leistungen der Bio-Betriebe angemessen und verlässlich honoriert werden. Während der Umstellungszeit und für zur Umstellung nötige Investitionen muss es zusätzliche Förderprogramme geben.

Im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir erreichen, dass die Strategien zur ländlichen Entwicklung an den Erkenntnissen des IAASTD ausgerichtet werden.

Wir setzen uns auch für eine Verbesserung der Forschung für den ökologischen Landbau ein. Neue Fragestellungen wie die Anpassung an den Klimawandel oder die Sicherung der Welternährung müssen bearbeitet werden. Das Bundesprogramm Ökolandbau wollen wir in ein ständiges Forschungsprogramm mit höherem Budget umwandeln. Auf europäischer Ebene soll die EU-Kommission die Etablierung einer Technologieplattform für Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft unterstützen und dem Ökolandbau in ihren Forschungsrahmenprogrammen mehr Gewicht geben. Der Wissenstransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer muss deutlich verbessert werden.

4. Grünland erhalten

Die Grundvoraussetzung für die Sicherung des Grünlandes ist, dass es landwirtschaftliche Betriebsformen wie die bäuerliche Milchviehhaltung gibt, die Grünland zur Produktion von Nahrungsmitteln nutzen. Wir Grünen setzen uns für den Erhalt der Tierhaltung in landwirtschaftlichen Strukturen ein und unterstützen die Bäuerinnen und Bauern bei ihrem Kampf um faire Preise.

Obwohl im Rahmen von Cross Compliance auch der Erhalt von Dauergrünland geregelt werden soll, nimmt der Umbruch von Grünland in Deutschland in den letzten Jahren dramatisch zu. Ein Grund hierfür ist, dass sich eine bäuerliche Tierhaltung mit Bewirtschaftung von Wiesen und Weiden ökonomisch immer weniger rechnet. In 2008 verringerte sich die Fläche um 4,1 Prozent.

Das schadet nicht nur der biologischen Vielfalt sondern hat auch Auswirkungen auf das Klima. Denn im Humus wird CO₂ gespeichert und so der Atmosphäre entzogen. Wird Grünland beackert, baut sich der Humus schnell ab. Aber nicht nur der quantitative auch der qualitative Grünlandverlust ist besorgniserregend - etwa der Umbruch von Auen oder Niedermoorstandorten, die naturschutz- und klimapolitisch besonders relevant sind. So entstehen 30 Prozent der Treibhausgase in der Landwirtschaft durch die Entwässerung und landwirtschaftliche Nutzung von Mooren, obwohl diese nur acht Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen. Torf wird durch die Bewirtschaftung zersetzt und das gespeicherte CO₂ freigesetzt.

Wir Grünen wollen das jetzige Umbruchverbot für Grünland in Cross Compliance deutlich verschärfen und die Natur- und Klimaschutzpotentiale von Flächen in die Regelung einbeziehen. Gleichzeitig müssen im Rahmen der Agrarumweltprogramme Maßnahmen für den Grünlanderhalt angeboten werden, die die Bewirtschaftung von Wiesen und Weiden ökonomisch interessanter machen.

Für Niedermoorstandorte ist aus Sicht des Klimaschutzes eine extensive Grünlandnutzung die einzige akzeptable Alternative. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes muss die Umwandlung von ackerbaulich genutzten Moorböden in extensiv genutztes Grünland gefördert werden.

5. Biomasse nachhaltig produzieren

Mit dem Anbau nachwachsender Rohstoffe und der Erzeugung von Bio-Energie kann die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Substitution fossiler Energien und damit zum Klimaschutz leisten. Die energetische Nutzung von Biomasse macht aber nur Sinn, wenn ihre Klimabilanz positiv ist, sie den Naturhaushalt nicht schädigt, der lokalen Bevölkerung neue und zusätzliche Einkommen bietet und in Entwicklungsländern die Ernährungssicherheit der Bevölkerung nicht gefährdet. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Zielsetzungen in vielen Gebieten der Erde nicht erfüllt werden, sondern Energiemonokulturen in Konkurrenz zu Naturschutzflächen und der Nahrungsmittelerzeugung getreten sind.

Bündnis 90 / Die Grünen wollen diese Entwicklung stoppen und den Anbau von Energiepflanzen durch strenge ökologische und soziale Kriterien nachhaltig machen. Dazu gehören unter anderem eine deutlich positive Klimabilanz, der Schutz natürlicher Flächen, der Erhalt von Grünlandflächen, die Vermeidung von Monokulturen sowie das Verbot von Gentechnik. Auf der EU-Ebene wurden die Grundlagen für eine solche Nachhaltigkeitszertifizierung geschaffen. Sie müssen jetzt schnellstmöglich in nationales Recht umgesetzt und auf globaler Ebene eingefordert werden. Dazu bedarf es eines weltweiten, verlässlichen Zertifizierungs- und Kontrollsystems.

Gleichzeitig wollen wir weg von der Beimischung von Agrotreibstoffen aus Übersee und hin zur Verwendung reiner Pflanzenöltreibstoffe, die vornehmlich in Deutschland erzeugt werden. Dazu wollen wir die unter rot-grün gültige Steuerbegünstigung wieder einführen.

Neben Energiepflanzen sind verstärkt organische Abfälle, landwirtschaftliche Nebenprodukte und tierische Exkremate für die Energieerzeugung zu nutzen. Damit werden für die heimische Landwirtschaft neue Einkommensmöglichkeiten erschlossen und zugleich können hohe ökologische Standards durchgesetzt werden.

Eine an diesen Zielsetzungen orientierte nachhaltige zu erzeugende Quote wollen wir dauerhaft und zuverlässig festschreiben und damit das von der großen Koalition hervorgebrachte Chaos bei den Agrotreibstoffen beenden.

Die von schwarz-rot beschlossenen Entlastungen bei der Agrardieselbesteuerung halten wir auch vor diesem Hintergrund für klimapolitisch kontraproduktiv. Wir Grünen würden die 285 Millionen Euro jährlich, die diese Entlastungen kosten, lieber in die Umrüstung von Traktoren auf heimische, nachhaltig erzeugte Pflanzenkraftstoffe stecken. Bei einem Zuschuss von 2.500 Euro zu den Kosten von 7.000 Euro könnten damit 110.000 Trecker im Jahr umgerüstet werden. Das wäre gut für die Umwelt, die regionale Produktion von Pflanzenöltreibstoffen und die Landwirte, denn Biodiesel und Pflanzenöle sind für Landwirte steuerfrei.

6. Agro-Gentechnik verhindern

Die Befürworter der Agro-Gentechnik nutzen die Debatte um globale Probleme wie Welternährung und Klimaschutz für den Versuch, das angeschlagene Image der Agro-Gentechnik aufzupolieren. Sie wollen angesichts der Absatz- und Akzeptanzprobleme im Lebensmittelsektor einen neuen Markt für gentechnisch veränderte Pflanzen im Energiebereich erschließen.

Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen bietet die Agro-Gentechnik keine Ziel führenden Ansätze bei der Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel. Es spielt hinsichtlich der Umweltauswirkungen und der Gefährdung der gentechnikfreien Landwirtschaft keine Rolle, ob gentechnisch veränderte Pflanzen als Lebens- oder Futtermittel oder als nachwachsender Rohstoff auf den Acker gelangen. Die heute kommerziell vermarkteten gentechnisch veränderten Organismen beschränken sich auf die Resistenzen gegen Unkrautvernichtungsmittel bzw. gegen bestimmte Insekten. So gut wie alle gentechnisch veränderten Pflanzen landen im Futtertrog und dienen somit als Hilfsmittel für eine Landwirtschaft, die weiter auf eine Intensivierung und auf den „Fleischhunger“ der Industrienationen setzt und damit den Klimawandel fördert statt ihn zu begrenzen.

Resistenzen gegen Trockenheit oder Krankheiten lassen sich zudem viel effektiver über moderne Züchtungsmethoden wie smart-breeding erreichen als unter Verwendung der grünen Gentechnik. Hierbei werden Erkenntnisse über das pflanzliche Genom genutzt, die Pflanzen selbst aber nicht gentechnisch verändert.

7. Landwirtschaft als Senke für Klimagase nutzen

Die Landwirtschaft kann und muss über mehrere Wege dazu beitragen, dass Klimagase der Atmosphäre entzogen werden. Damit ließe sich langfristig sogar der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre wieder unter die heutigen kritischen Werte absenken.

Eine nachhaltige Landwirtschaft kann dazu beitragen, dass Humus wieder aufgebaut wird, der in vergangenen Jahrzehnten verloren gegangen ist. Mehr Humus bedeutet zugleich mehr CO₂-Bindung im Boden.

Dies gilt umso mehr, wenn es gelingt, degradierte Flächen über nachhaltige Formen der Landwirtschaft wieder fruchtbar zu machen. Dann findet sowohl eine CO₂-Bindung im Humus als auch über die zusätzliche Pflanzenschicht statt.

Einen besonderen Beitrag kann die Land- und Forstwirtschaft dazu leisten, mittels eines angepassten Anbaus in Wüstenrandgebieten, das Fortschreiten der Wüsten anzuhalten und sogar manche Gebiete wieder der Wüste zu entziehen. Auch hier findet dann CO₂-Bindung sowohl über den Boden als auch über die darüber liegende Pflanzenschicht statt.

Des Weiteren gibt es interessante technische Ansätze, die es möglich erscheinen lassen, dass CO₂ langfristig im Boden gebunden werden kann. Näher zu untersuchen wäre etwa das Verfahren der hydrothermalen Carbonisierung, das darauf abzielt, Biomasse auf eine Art thermisch zu behandeln, dass die verbleibenden Kohlenstoffreste langfristig im Boden gebunden und damit der Atmosphäre entzogen werden.

8. Tierhaltung klima- und artgerecht gestalten

70 Prozent der landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen gehen auf das Konto der Tierhaltung, mehr als die Hälfte davon stammen aus der Rinderhaltung. Doch die Tierhaltung lässt sich nicht allein aus Klimaschutzaspekten beurteilen. Wiederkäuer sind zwar die Hauptquelle für Methanemissionen, gleichzeitig werden sie aber gebraucht, um Grünlandflächen zu erhalten. Auch darf man bei der Bewertung von Haltungssystemen den Tierschutz nicht außen vor lassen.

Grüne Politik hat zwei Zielrichtungen. Zum einen müssen Tierhaltungssysteme bezüglich ihrer klimarelevanten Emissionen unter Berücksichtigung der Tiergerechtigkeit optimiert werden. Dazu gehören unter anderem ein schneller Abtransport des Flüssigmistes aus dem Stall, eine Verbesserung der Lagerung und der Ausbringung des Dungs sowie eine Aufbereitung der tierischen Exkrememente in Biogas-Anlagen. Die Nutzung von Gülle in dezentralen Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung ist dem Anbau von Energiepflanzen zur Biogasgewinnung vorzuziehen. Dabei sollte bei der Ausbringung der Stickstoff reichen Gärreste auf eine ausgeglichene Humusbilanz geachtet werden. Landwirte brauchen eine zielgerichtete Beratung, wie sie ihre Tierhaltung und das Management von Wirtschaftsdüngern im Sinne des Klimaschutzes verbessern können. Nötige Investitionen wollen wir über die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes unterstützen. Die Förderung der weiteren Intensivierung der Tierhaltung lehnen wir hingegen ab.

Letztendlich wird nur eine deutliche Reduktion der Tierbestände relevante Auswirkungen für den Klimaschutz haben. Die zunehmende Intensivierung und Industrialisierung der Tierhaltung ist nicht zukunftsfähig. Schon heute werden 50 Prozent der Futtermittel importiert. Vor allem die Eiweißfuttermittel stammen zu einem Großteil aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die die Flächen zur Versorgung der eigenen Bevölkerung dringend benötigen. Die Abholzung von Regenwäldern, um Sojaanbauflächen auszuweiten, ist aus Sicht des Klima- und Artenschutzes Irrsinn. Dem Import der Futtermittel steht der Export der Endprodukte gegenüber, der angesichts von Übermengen oder niedriger Weltmarktpreise immer wieder mit Exportsubventionen gefördert wird.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für den Abbau der Massentierhaltung und die Stärkung der artgerechten, flächengebundenen Tierhaltung ein. Eine Begrenzung der Tierzahl auf zwei Großvieheinheiten pro Hektar sollte Voraussetzung für jegliche Agrarförderung sein. Über Reformen und die strikte Anwendung des Emissions-, Bau- und Pflegerechts wollen wir neue Tierfabriken verhindern.

9. Klimabewusst essen

Verbraucherinnen und Verbraucher können über ihren Ernährungsstil einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und eine klimagerechte Landwirtschaft fördern.

Fleisch und seine Produktion sind besonders kritisch für das Klima. Bis zu neun Kilogramm Getreide sind nötig, um ein Kilogramm Fleisch zu produzieren. Ein Großteil der Futter-Energie geht also verloren. Auf 30 Prozent der Weltagrarflächen werden Futtermittel angebaut, gleichzeitig hungern eine Milliarde Menschen.

Im Durchschnitt verzehren die Deutschen 1,5 Kilogramm Fleisch und Wurstprodukte pro Woche und Kopf. Ernährungswissenschaftler empfehlen aber nur 300 Gramm. Unser Konsummuster führt zu vielfältigen gesundheitlichen Folgeproblemen wie Herzkrankheiten oder einem erhöhten Krebsrisiko. Weniger Fleisch und Wurst zu essen nützt also nicht nur dem Klima, sondern auch der eigenen Gesundheit.

Auch die Herkunft der Lebensmittel ist entscheidend für den ökologischen Rucksack, den sie mit sich tragen. Die Lebensmittel-Transporte haben sich in den letzten 20 Jahren in Deutschland verdoppelt, obwohl kaum mehr Lebensmittel verbraucht werden. Überregionale Transporte von Produkten, die es auch in der Nähe gibt, sind unsinnig. Als problematisch sind in diesem Zusammenhang die zunehmende Industrialisierung und die damit verbundene örtliche Konzentration in der Lebensmittelverarbeitung zu sehen. Der Abbau von regionalen Verarbeitungsstrukturen erhöht die Transportstrecke sowohl für die Rohstoffe als auch für das Endprodukt.

Klima belastend ist insbesondere die Luftfracht aus Übersee. Eine Studie des bayrischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat ergeben, dass der Import von Obst und Gemüse per Flugzeug bis zu 300mal mehr CO₂ freisetzt als der Transport von regionalen Produkten zur Verkaufsstelle.

Wer häufiger ökologisch, saisonal und regional einkauft, entlastet also die CO₂-Bilanz.

Mehr und mehr Initiativen beschäftigen sich mit der Frage, wie die Klimaauswirkungen von Lebensmitteln für Verbraucherinnen und Verbraucher sichtbar werden können. In der Schweiz gibt es ein Logo, um Flugtransporte zu kennzeichnen. Hersteller weisen die bei der Produktion emittierten CO₂-Äquivalente aus. Es wird an Labeln und Zertifizierungssystemen gearbeitet, die eine besonders klimafreundliche Produktion kennzeichnen. Wir Grünen begrüßen diese Entwicklung und die wichtigen Impulse, die diese Pilotprojekte setzen. Zur schnellen Orientierung beim Einkauf wollen wir ein Nachhaltigkeitssiegel schaffen, zu dessen Kriterien auch eine emissionsarme Erzeugung gehört.